

Berantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil:
E. Fontane,
für Beuileton und Vermischtes:
A. Roedner,
für den übrigen redakt. Theil:
G. Schmiedehaus,
sämtlich in Posen.
Berantwortlich für den Inseratenteil:
O. Knorre in Posen.

Posen-Zeitung

Siebenundneunzigster Jahrgang.

Nr. 216.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 26. März.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Gust. Ad. Höfle, Höflestr., Gr. Gerber u. Breitestr. Ecke Otto Liekisch, in Firma J. Jannen, Wilhelmstraße 8, in Gniezen bei S. Chraplewski, in Meseritz bei Ph. Kathias, in Wreschen bei J. Jodzohn u. b. d. Inserat.-Annahmestellen von G. L. Danke & Co., Haasestein & Vogler, Rudolf Kosse und „Davalidensack“.

1890.

Inserate, die schrägespaltene Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenauflage 20 Pf. auf der letzten Seite 30 Pf. in der Abendausgabe 30 Pf. an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Amtliches.

Berlin, 25. März. Der Kaiser hat dem Geheimen Sekretär und Chefsekretär im Auswärtigen Amt Jacoby den Charakter als Hofrat verliehen.

Der König hat dem Landstallmeister Bettich zu Friedrich-Wilhelmsgut bei Neustadt a. D. bei seinem bevorstehenden Ausscheiden aus dem Staatsdienst den Charakter als Geheimer Ober-Rat mit dem Rang der Ritter zweiter Klasse verliehen.

Der ordentliche Lehrer Dr. Felix Mühe am Königlichen Marien-Gymnasium in Posen ist zum Oberlehrer befördert worden.

Deutschland.

Berlin, den 25. März.

Der Kaiser nahm gestern von 10 $\frac{1}{2}$ Uhr ab zahlreiche militärische Meldungen entgegen. Alsdann empfing der Kaiser den Besuch des Kronprinzen von Schweden, welcher am Abend zuvor zu kurzem Besuch hier eingetroffen war und ertheilte später dem Ministerial-Direktor Dr. Barth und dem zum ordentlichen Professor der medizinischen Fakultät der Universität Halle ernannten Dr. Bramann Audienzen. — Um 11 Uhr begab sich der Kaiser mit dem Prinzen von Wales in einer 4spännigen Hof-Equipage nach Spandau, um dasselbst einem Schießen der Gewehr-Prüfungs-Kommission und der Militär-Schießschule beizuwollen.

Ein Telegramm des Kaisers über den Rücktritt des Fürsten Bismarck, welches der Kaiser an eine ihm besonders ergebene Persönlichkeit am vorigen Sonnabend gerichtet hat, veröffentlicht die „Weimarsche Zeitung.“ Das Telegramm lautet wörtlich:

„Besten Dank für Ihren freundlichen Brief. Ich habe in der That bittere Erfahrungen und sehr schmerzhafte Stunden durchgemacht. Mir ist so weh ums Herz, als hätte ich Meinen Großvater noch einmal versoren! Es ist Mir aber von Gott einmal bestimmt; also habe Ich es zu tragen, ...“

Gründe gehen sollten. Das Amt des wachhabenden Offiziers auf dem Staatschiff ist Mir zugeschlagen. Der Kurs bleibt der alte, und nun „voll Dampf voraus!“

Wilhelm J. R.

Das „Deutsch. Tagebl.“ berichtet, gestern Abend nach dem Diner bei dem großbritannischen Botschafter habe sich ein Gespräch zwischen dem Kaiser und dem Grafen Herbert Bismarck entpommen, das einmal wegen seiner Länge die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch nahm, dann aber besonders auch wegen des Eifers und des erregten Tones, in dem dasselbe geführt wurde, nicht unbeachtet bleiben konnte. Graf Bismarck erhielt auf seine Auseinandersetzungen zu wiederholten Malen ein Achselzucken des Kaisers zur Antwort. Man geht wohl nicht fehl, wenn man das Gespräch auf den Austritt des Grafen aus dem Staatsdienst zurückführt. Graf Bismarck soll sogar den Botschafterposten in Konstantinopel, der übrigens z. B. noch besetzt ist, abgelehnt haben.

Wie der „Köln. Ztg.“ aus Schwerin gemeldet wird, hat der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin am 24. in Cannes zum ersten Male das Bett verlassen. Die Genesung von der akuten Krankheit schreitet fort, die frankhaften Erscheinungen des Nervensystems nehmen zu.

Der Prinz-Regent von Bayern hatte unmittelbar nach der offiziellen Bekanntgabe von dem Rücktritt des Fürsten Bismarck aus dem aktiven Staatsdienst, an Fürst Bismarck ein in sehr herzlichen Worten gehaltenes Handschreiben gerichtet. Seine königl. Hoheit spricht in demselben dem Fürsten Bismarck sein Bedauern über das Ausscheiden, seine hohe Anerkennung über dessen große Verdienste um Deutschland und Bayern und gleichzeitig auch seine Glückwünsche zu den ihm von dem deutschen Kaiser eben zu Theil gewordenen Ehren aus. Fürst Bismarck hat dem Prinz-Regenten in einem herzlichen Schreiben den Dank abgestattet. Nach dem Inhalte des Schreibens war der scheidende Reichskanzler über die Ehre tief gerührt und erfreut.

Der Kronprinz von Schweden hat sich im Laufe des gestrigen Vormittags am Hause wieder verabschiedet und Berlin verlassen, um mit dem Zuge um 11 Uhr 53 Min. seine Reise über Paris nach Nizza fortzusetzen. Bei der Abreise von Berlin gab der Großherzog von Baden dem Kronprinzen bis zum Bahnhof Friedrichstraße das Geleit.

Prinz Albert Viktor, der älteste Sohn des Prinzen von Wales, ist ebenfalls a la suite eines preußischen Regiments gestellt und zwar als Major des Husaren-Regiments „Fürst Blücher“, dessen erster Chef der Prinz von Wales ist.

Wie die „Polit. Korresp.“ erfährt, hat der Kaiser Franz Josef ein in den wärmsten Worten abgesetztes eigenhändiges Schreiben an den Fürsten Bismarck anlässlich dessen Rücktritts gerichtet. Auch Graf Kalnoky habe dem

Fürsten aus diesem Anlaß ein sehr herzliches Schreiben überwandt.

Fürst Bismarck wird nach der „Kreuztg.“ Mittwoch Vormittag 10 $\frac{1}{2}$ Uhr vom Kaiser in Abschiedssaudienz empfangen werden und wahrscheinlich am Freitag oder Sonnabend nach Friedrichsruhe abreisen. Am Dienstag machte ihm der Großherzog von Baden einen Besuch.

Die Stadtverordneten-Versammlung in Dortmund hat den Fürsten Bismarck zum Ehrenbürger der Stadt Dortmund ernannt.

Fürst Bismarck hat dem Seydlitz-Kürassier-Regiment, bei dem er à la suite steht, anlässlich der gestern stattgefundenen Feier des 75jährigen Bestehens des Regiments, sein Brustbild von Lenbach geschenkt und seinem Bedauern, der Feier nicht beiwohnen zu können, in folgendem von der „Post“ mitgetheilten Schreiben Ausdruck gegeben: „In der Hoffnung, daß mein Gesundheitszustand sich bessern würde, habe ich die Beantwortung bis heute hinausgeschoben. Nach Rücksprache mit meinem Arzte muß ich diese Hoffnung aufgeben. Euer Hochwohlgeboren bitte ich ergebenst, dem Offizierkorps zu sagen, wie betrübt ich darüber bin, daß ich dem Feste des tapferen und berühmten Regiments nicht beiwohnen kann, dessen Uniform zu tragen ich seit einem Vierteljahrhundert die Ehre habe.“ Am Freitag hat sich eine Abordnung des Regiments, bestehend aus dem Kommandeur Major v. Rundstedt, Rittmeister Graf Reichenbach und den Lieutenants v. Hanstein und v. Dühring von Halberstadt nach Berlin begeben, um für das Geschenk zu danken und dem Fürsten Namens des Regiments zur Erhebung in den Herzogstand und Ernennung zum Generalobersten der Armee zu beglückwünschen.

Zu den Personalien Caprivi erfahren die Nachr. Herr v. Caprivi ist unverheirathet, eine Schwester steht, so viel bekannt, seinem Hausstande vor. Er besitzt ein kleines Vermögen, ist aber einfach in seiner ganzen Lebensweise. Schließlich sei noch bemerkt, daß der neue Reichskanzler als General jünger ist, wie der Kriegsminister von Verdy und der Chef des Generalstabs Graf Waldersee. Über die Familie Caprivi stellen einige Blätter allerlei genealogische Untersuchungen an. Die „Kölner Zeitung“ meint, die Abstammung der Familie aus Oberitalien aus dem Geschlecht der Caprara de Montecuculli lasse sich urkundlich nicht feststellen, und sei wahrscheinlich auch eine Abstammung aus dem Friaul'schen Hause der Capriva nicht urkundlich zu erweisen, wenngleich sie große Wahrscheinlichkeit hat. Urkundlich nachweisbar ist als Stammvater nur Andreas Capriva, dessen Söhne 1653 von Kaiser Ferdinand III. geadelt worden seien. Der erste, welcher sich v. Caprivi nannte, starb am 8. November 1768 als Kanzler der Grafschaft Stolberg. Seine Nachkommen traten dann in preußische Militärdienste ein. Ein Enkel desselben, der Vater des gegenwärtigen Kanzlers, starb am 25. Dezember 1865 als königl. preußischer Ober-Tribunalsrath, Mitglied des Herrenhauses und Kron-Syndikus und hinterließ von Emilie Charlotte geb. Köpke, welche ihm am 10. Januar 1871 im Tode folgte, vier Söhne und zwei Töchter. Der gegenwärtige Kanzler ist der älteste Sohn. Seine Geschwister sind: Dorothea Hertha von Caprivi, Wittwe des königl. preußischen Gerichts-Assessors und Premier-Lieutenants a. D. Karl Friedrich von Lampe; Friedrich Erich von Caprivi, gestorben zu Köln am 9. August 1882 als königl. preußischer Ober-Regierungsrath und Abtheilungs-Dirigent der rechtsrheinischen Eisenbahn-Direktion; Emanuel Raimund von Caprivi, königl. preußischer Oberstleutnant und etatsmäßiger Stabs-offizier im Garde-Jäger-Regiment; Editha Emilie von Caprivi, gestorben zu Polenzko in Anhalt, Gemahlin des königl. preußischen Generalleutnants a. D. und Kammerherrn Karl Wilhelm Freiherrn von Willisen.

Die „Nat. Ztg.“ erklärt sich entschieden gegen die Ernennung eines Generals zum Nachfolger des Ministers v. Maybach. „Selbstverständlich, schreibt sie, haftet am Eisenbahnwesen ein sehr großes militärisches Interesse; aber die ausreichende Berücksichtigung desselben konnte in Preußen nie-mals zweifelhaft sein, und am wenigsten ist sie es jetzt, wo ein General Ministerpräsident geworden. Das Eisenbahnwesen muß, unter voller Beachtung seiner militärischen Bedeutung, nach den Anforderungen des wirtschaftlichen Verkehrslebens geleitet werden, wie es, mögen über Einzelheiten auch Meinungsverschiedenheiten bestehen, unter Herrn v. Maybach bisher geschehen ist.“

Dazwischen den Vertretern Frankreichs auf der Berliner Arbeiterschutz-Konferenz ein kleiner Zwiespalt ausgebrochen war, zu dem der Arbeitervorsteher Delahaye den Anlaß gegeben hatte, geht aus Pariser offiziösen

Erklärungen unzweifelhaft her vor. Unsere erste Angabe, daß die Ursache des Zwiespalts in der Absicht De lahayes zu finden war, der Konferenz eine von ihm ausgearbeitete Denkschrift zu überreichen, wird heute in der „Nord. Allg. Ztg.“ bestätigt, die darüber und über den Inhalt der Denkschrift folgende Mittheilungen macht:

Der Delegierte Delahaye hatte eine längere Ausarbeitung gemacht, in welcher er die Industrie- und Arbeitsverhältnisse im Mittelalter mit denen der Neuzeit verglich, daran eine Charakteristik des Erwerbslebens, wie es der Handwerkerstand früher führte, sowie eine Schilderung des Betriebes der Kleinindustrie knüpft, und endlich die Produktionsverhältnisse und Produktionsbedingungen der heutigen Gewerbehaftigkeit, sowie die Lebensverhältnisse des Arbeiters der Neuzeit beleuchtete. Das Exposé des Herrn De lahayes war so zu sagen eine wissenschaftliche Abhandlung über die Entwicklung der Industrie von den Zeiten des Mittelalters bis gegen das Ende unseres Jahrhunderts, und gehört als solche, streng genommen, nicht in den Rahmen der Konferenzberathungen, für die sie andererseits ein literarischer Beitrag von akademischem Werth war. Aus diesem Grunde erklärte sich anfänglich der Führer der französischen Delegation gegen die Verlehung des umfangreichen Schriftstückes. Es ist indeß einer wohlwollenden Vermittelung von dritter Seite gelungen, unter Betonung des wissenschaftlichen Werthes der Arbeit derselben die gehörende Berücksichtigung zu erwirken und die durch die Meinungsverschiedenheit im Schoze der Delegation entstandenen Differenzen schnell und vollständig zu zulegen.

Das Abgeordnetenhaus wird bis zur Vertagung, am 28. d. M., noch drei oder vier Sitzungen abhalten. Nach Ostern bleibt noch mit dem Etat und den Eisenbahn-Vorlagen ein ansehnlicher Arbeitsstoff zu erledigen. Dazu gehört die Vorlage über die Beamtengehälter und über die Verwendung der Sperrgelder. Da die Erledigung noch in dieser Session erfolgen soll, so wird die letztere nach Ostern noch eine ziemlich große Ausdehnung erfahren und die Zeit nicht knapp bemessen sein, in welcher der Landtag genötigt sein wird, mit dem Reichstag zusammenzuarbeiten.

Das bisherige leitende Blatt der Nationalliberalen in Südwestdeutschland, das „Frankfurter Journal“, hört mit dem 1. April auf, ein politisches Blatt zu sein. Wie wir aus einer Erklärung des Blattes entnehmen, hat der neue Verleger herausgefunden, daß „die trockene Politik“ den unterhalgenden und nichtpolitischen Gebiet Raum opfern müsse, denn „die Bereitwilligkeit des politischen Parteiweins stumpf“ den Geschmack an vorwiegend politischen Zeitungen ab.“ Der bisherige politische Leiter des „Journals“ erklärt, daß er scheide, an Illusionen ärmer, aber an Erfahrungen reicher aus einer Stellung, in der er sich öfter gehemmt als gefördert sah. Die Presse, so bemerkt derselbe spitz gegen die nationalliberalen Partei, „repräsentiert nur die Summe der Thatkraft jener Kreise, deren Überzeugung sie vertritt. Jede Partei hat nur die Presse, welche zu haben sie verdient.“

Bei der gestrigen Nachwahl im ersten Berliner Reichstagswahlkreis ist, wie schon telegraphisch gemeldet, nach den vorläufigen Ermitteilungen der Kandidat der freisinnigen Partei Dr. Alexa oder Meyer mit 5752 Stimmen gewählt worden. Der sozialdemokratische Kandidat Schulz erhielt 2762, der konservative Kandidat Rechtsanwalt Zeidler 2256 Stimmen. Im Ganzen wurden 10 866 Stimmen abgegeben. Am 20. Februar wurden 15 231 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Träger (dfr.) 6674, Zeidler (konf.) 4658, Schulz (soziald.) 3588 Stimmen. Es kam zu einer Stichwahl zwischen Träger und Zeidler, in welcher der erstere mit 8931 gegen 5521 Stimmen gewählt wurde. Die Nachwahl wurde dadurch nothwendig, daß Herr Träger die Wahl in Babelsberg, wo er gleichzeitig gewählt war, annahm. Gegen den 20. Februar hat die Zahl der abgegebenen Stimmen um 4365 Stimmen abgenommen. Der Hauptanteil an diesem Verlust fällt auf die Konservativen, welche 2432 Stimmen verloren haben und dadurch an die dritte Stelle gerückt sind. Die Freisinnigen haben 922, die Sozialdemokraten 826 Stimmen verloren.

In Köpenick sind bis heute keine weiteren Ruhestörungen vorgekommen. Für Sonnabend Abend und Sonntag befürchtete man allerdings noch größere Zusammenrottungen, daher trafen am Sonnabend Nachmittag noch drei Kompanien des Leib-Grenadier-Regiments (Brandenburg Nr. 8) aus Frankfurt a. D. dort ein, so daß nunmehr ein ganzes Bataillon unter Führung des Majors v. Schlieffen vereinigt war. Einzelne Arbeiter-Ansammlungen fanden am Sonnabend und Sonntag Abend auf dem Schloßplatz und in der Grünstraße noch statt, doch folgte die Menge den Aufforderungen zum Auseinandergehen und wurde ohne Mühe zerstreut. Verhaftungen wurden noch an beiden Abenden vorgenommen, betrafen aber meistens Personen, die an den früheren Ereignissen beteiligt waren. Die Gaietywirtschaften müssen bis auf Weiteres um 6 Uhr Nachmittags schließen, alle Tanz- und Lustbarkeiten sind unterlagert und der für heute in Köpenick festgesetzte Jahrmarkt wurde auf Anordnung der Regierung aufgehoben. Die Beerdigung des erschossenen Gendarmen Müller, welche ursprünglich auf Sonntag Nachmittag angesetzt war, ist auf Montag Nachmittag 4 Uhr verschoben worden. An dem Begräbnisse hat die 8. Kompanie des Kaiser-Franz-Regiments aus Berlin, bei welcher der Verstorbenen gedient hat, teilgenommen. Wie der „Nat. Ztg.“ heute aus Köpenick gemeldet wird, ist dort alles ruhig und die am Sonnabend zur Verstärkung dort eingetroffenen drei Kompanien sollen noch heute nach ihrer Garnison Frankfurt zurückkehren. — Sonntag wurde die gerichtliche Obduktion der Leiche des Müller vorgenommen. Dieselbe hat ergeben, daß die Kugel, von welcher Müller getroffen wurde, den Tod nicht unmittelbar herbeigeführt hat, daß letzterer vielmehr durch Messerstiche verursacht worden ist, deren die Leiche im Rücken nicht weniger als sieben aufwies.

— Professor Kirchhoff in Halle hat vor einigen Tagen ein Schreiben von Emin Pascha erhalten. Letzterer war im Jahre 1883 zum Ehrenmitglied des Vereins für Erdkunde in Halle ernannt worden. Diese Ernennung konnte ihm aber in seiner abgeschlossenen Lage seither nicht übermittelt werden. Erst im November v. J., als die sichere Kunde vom Ammanische Emin und Stanley nach Europa gelangte, ging das Diplom nach Zanzibar ab, um dann durch Wissmann, der ebenfalls Ehrenmitglied des Vereins ist, an Emin übermitteln zu werden. Hierauf hat Dr. Emin unterm 24. Februar an Professor Kirchhoff, als Vorsitzenden des Vereins, geantwortet und seinen Dank für die ihm zu Theil gewordene Auszeichnung ausgesprochen. Der Brief, dessen schöner handschrift sofort auffällt, lautet nach der "Saalezeit." folgendermaßen:

Bayamo, 24. II. 90.

Hochverehrter Herr Professor!

Verzeihen Sie, wenn erst heute ich dazu komme, Ihnen für Ihre so liebenswürdige Befehl vom 23. XI. 89 zu danken; schwere Krankheit hielt mich monatelang in ihren Bänden und erst jetzt bin ich im Stande, meinen Freunden für alle mir bewiesene Liebe und Anerkennung zu danken. Und daß ich unter diesen Beweisen von Sympathie das Diplom des Vereins für Erdkunde zu Halle obenan stelle, ist um so verständlicher, als mir die Ehre der Mitgliedschaft schon zu einer Zeit zu Theil wurde, wo geradezu Niemand meiner dachte. Gestatten Sie mir demnach, Ihnen meinen tiefgefühlten Dank für diese Bevorzugung auszusprechen und wollen Sie selber freundlichst dem Vereine übermitteln. Wie Sie ganz richtig vermuteten, haben mich nie zuvor Nachrichten von meiner Erwähnung erreicht; war ich doch seit April 1883 von aller Welt abgeschnitten und empfing bis 1888 nur einmal wenige Briefe via Uganda! Es soll mir eine Ehre und eine Freude sein, mich dem Vereine für das in mich gesetzte Vertrauen wenigstens einigermaßen durch dauernde Kommunikationen dankbar zu zeigen und wenn, wie ich hoffe, Gott mir Kraft giebt, auf dem einmal erwählten Felde weiter zu arbeiten, so gehören nächst Gotha meine Arbeiten Ihnen. Schon jetzt aber bitte ich um die Erlaubnis, Ihnen hin und wieder einige Zeilen senden zu dürfen. Daß, wenn mir der schiede Urlaub ertheilt, ich Halle besuchen will, um Ihnen persönlich zu danken, dürfen Sie nicht bezweifeln. Genehmigen Sie, hochverehrter Herr, den Ausdruck meiner ganz besonderen Hochachtung und Dankbarkeit und glauben mich Ihnen ergebenen

Dr. Emin."

Aus Bagamoyo wird der "Times" über Zanzibar vom 23. d. M. berichtet: Die Deutschen hätten dagegen eine Schiffsladung Sklaven abgefaßt, welche nach Zanzibar übergeführt werden sollten. Die weggenommenen Sklaven habe man in Übereinstimmung mit dem früheren Verfahren den dortigen französischen Missionaren übergeben, den Sklavenhändler selbst aber aufgehängt. Die letztere Mittheilung bedarf noch der Bestätigung, man könnte nur so verfahren sein, wenn der betreffende Sklavenhändler sich bereits gegen die Deutschen in anderer Weise vergangen hat, etwa als Theilnehmer der Burchirischen Banden.

In Auckland (Australien) verlautete nach einem Bericht der "Frans. Ztg.", daß sich in Stettin ein großes Syndikat gebildet habe, welches ausgedehnte Handelsunternehmungen auf den Samoa-, Tonga- und Fidschi-Inseln in Angriff zu nehmen beabsichtige und zu diesem Zweck von Neuseeland aus eine direkte deutsche Dampferverbindung mit jenen Inselgruppen ins Leben rufen wolle. Der Umstand, daß diese Nachricht erst über Australien in Deutschland bekannt wird, spricht nicht gerade für ihre Glaubwürdigkeit. Immerhin könnte die äußerlich wiederhergestellte Ordnung auf den Samoa-Inseln deutsche Handelsinteressen zu neuen Versuchen dort verlassen, nachdem der wieder eingesezte König Malietoa sich sogar zu einem Edikt herbeigefüllt hat, in welchem er den Samoanern strengt und bei Vermeidung schwerer Bestrafung befiehlt, — ihre Schulden an die Fremden sofort zu bezahlen. Malietoa selber hatte früher in Bezug auf kleine Auleihen für seine Zivilisten eigenthümliche Ansichten, die in den damaligen Berichten der Konzilien nicht eben schmeichelhaft Beurtheilung fanden. Eine Regierung war bis Mitte Februar in Samoa noch nicht gebildet worden, da der König das Eintreffen der von den Mächten zu ernennenden Kommissare abwarten wollte.

Militärisches.

= Von den mittelst allerhöchster Kabinettsordre vom 22. d. M. angeordneten Veränderungen in der Armee seien hier die nachstehenden mitgetheilt: General der Infanterie Bronsart v. Schellendorff II., kommandirender General des 3. Armeekorps, wird in gleicher Eigenschaft zum 10. Armeekorps versetzt, der Generalleutnant v. Bersen, Kommandeur der Garde-Kavalleriedivision, unter Belassung in dem Verhältniß als Generaladjutant Seiner Majestät des Kaisers zum kommandirenden General des 3. Armeekorps, der Generalmajor von Bülow, zur Verfügung des Chefs des Generalstabes der Armee, unter Beförderung zum Generalleutnant, zum Kommandeur der großherzoglich hessischen (25.) Division, der Generalmajor Edler von der Planitz, allerhöchst mit der Führung der Kavalleriedivision des 15. Armeekorps beauftragt, unter Beförderung zum Generalleutnant zum Kom-

mandeur der Garde-Kavalleriedivision ernannt. — Verabschiedet sind neun Generalsmajors, darunter sieben Brigade-Kommandeure, welche zur Beförderung kommen können, nämlich Sucro von der 19. Inf.-Brigade, unter Erhebung in den Adelstand, v. Gostkowsky von der 10. Feld-Art.-Brigade, Hornhardt von der 1. Landwehr-Inf., v. Schauroth von der 14. Inf.-Brigade, v. Gzodoff von der 17. Inf.-Brigade, v. Linstow von der 7. Inf.-Brigade und von Brüttwitz-Gaffron von der 7. Feld-Art.-Brigade, sämtlich unter Bef. zu Gen.-Lts.; ferner sind noch der General-Major v. Armin von der 23. Inf.-Brigade und der General-Major v. Siebart, Kommandant von Stralsund, abgegangen. Unter dem 20. hat außerdem noch der General der Infanterie v. Oppeln-Bronikowski, Gouverneur von Mesz, den Abschied erhalten. Neu besetzt sind außer den 4. Armeekorps 15 Divisionen. Die Zahl der Beförderungen zu General-Lieutenants hat 25 betragen, und zwar sind alle Generalsmajors vom Januar 1887 bis einschließlich Juni 1888, also 1½, Jahrgänge, avancirt. Infanteriebrigaden sind 25 neu besetzt; Kavallerie-Brigaden 10; Feld-Artilleriebrigaden 4, nämlich die 7., 10., 16., und 17. und außerdem noch die 2. Fuß-Artillerie-Inspektion. Infanterie-Regimenter sind im Ganzen 29, Kavallerieregimenter 5, Feld-Artillerieregimenter 7, neu besetzt. Beförderungen zu Obersten zählen wir bei der Infanterie 43, bei der Kavallerie 19, bei der Feld-Artillerie 13, der Fuß-Artillerie 8 und der Ingenieure 4, im Ganzen also 87. Es sind hierbei alle Oberlieutenants aus Juni 1887 bis Mitte 1888 avancirt. Zu Oberlieutenants sind befördert 56 Majors der Infanterie, 25 der Kavallerie, 8 der Feld-Artillerie, 3 der Fuß-Artillerie, 6 der Ingenieure und 2 vom Train, im Ganzen also 100. Das Avancement umfaßt hier die Altersklassen vom Oktober 1883 bis Anfang August 1884.

Sitzung des Posener landwirtschaftlichen Kreisvereins.

Der Posener landwirtschaftliche Kreisverein hat am vergangenen Freitag in Arndts Hotel eine Sitzung abgehalten. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten hielt Herr Stadtrath Annus-Poens folgenden Vortrag über "Mobilier-, Feuer- und Hagelversicherung":

Ich beabsichtige etwa nicht als Vertreter einer Feuer- und Hagelversicherungs-Gesellschaft mich mit Ihnen, hochverehrte Herrn, heute über das Versicherungsweisen zu unterhalten; ich thue dies lediglich als Mitglied des Posener landwirtschaftlichen Kreisvereins, dem ich seit seiner Gründung angehöre.

Die Versicherung gegen Feuersgefahr und gegen die schädigenden Folgen eines Hagelwetters ist nach Lage der Dinge für den Landwirth längst zu einer zwingenden, seine Existenzfähigkeit bedingen Pflicht geworden. Eine Ausnahme hiervon dürfen sich nur Besitzer solcher umfänglichen, räumlich getrennten Güter gestatten, die vermöge ihres baulich nicht vorhandenen Zusammenhangs von Gefammtshäuden nicht betroffen werden können und die eine so bedeutende Versicherungsschuld zu zahlen hätten, daß schon das Zurücklegen dieser Gebühr für einige Jahre einen ausreichenden Betrag zur Deckung etwaiger Theilschäden bilden würde. Wie mir bekannt, verfahren hiernach die in verschiedenen Kreisen angefeindeten Herren v. Zoltowski. Eine gleich leichte Gelegenheit, sich zu versichern, wie solche jetzt namentlich dem Landwirth in der großen Zahl gut fundirter Versicherungsgesellschaften geboten wird, fehlt bis zu einer gewissen Zeit fast ganz.

Wenn man darauf hin sich mit den gesetzlichen über das Versicherungsweisen erlassenen Bestimmungen bekannt machen will, so wird dies keiner besonderen Studien bedürfen.

Das auch gegenwärtig in dieser Beziehung noch geltende, vielfach durchbrochene Allgemeine Preußische Landrecht trat vom 1. Juni 1794 ab, also zu einer Zeit auch für das damalige Südprefeuern in Kraft, wo das Versicherungsweisen noch in den Zuständen lag, es war namentlich die Mobilierversicherung von Privatgesellschaften in unserem Landesteile noch nicht in Pflege genommen worden.

Wenngleich (§ 1592, Tit. 8, Th. II.) „Über Alles, was Gegenstand eines rechts gültigen Vertrages sein kann, Versicherungen geschlossen werden können“, so beschäftigen sich die auf diesen Paragraphen folgenden landrechtlichen Bestimmungen in der Hauptfache doch nur mit der Versicherung gegen Feuers- und Seegefahr und mit der Lebensversicherung; weiter zu gehen, lag damals für den Gesetzgeber keine Veranlassung vor. Zur Versicherung gegen Hagelshäden mag sich vielleicht schon ein Bedürfniß geltend gemacht haben; es konnte jedoch noch nicht befriedigt werden.

Das deutsche Handelsgelehrbuch beschränkt sich im ersten Titel lediglich auf die Behandlung der Seeschiffahrtsgefahr. Gemäß Artikels 271 und den hiermit im Zusammenhange stehenden Motiven erhält der Abschluß einer Versicherung dann die Eigenschaft eines Handelsgeschäfts, wenn die Versicherung in der Abfahrt geschlossen worden ist, daraus einen Gewinn zu erzielen; da dies nun bei den Versicherungen auf Gegenleistung nicht zutrifft, so nahm das Obertribunal an, daß dergleichen Gesellschaften keine Handelsgesellschaften seien und es findet die Eintragung in das Handelsregister nicht statt.

Auf diese Gesellschaften findet der dritte Abschnitt, Theil 1,

Titel 17 des Allgemeinen Landrechts, der von den durch Vertrag entstandenen Gemeinschaften spricht, Anwendung.

Zur Abwendung von Missbräuchen bei der Versicherung von Gegenständen des Mobiliar-Vermögens gegen Feuersgefahr, so lautet der Eingang, ist das Gesetz vom 8. Mai 1837 erlassen worden, welches das behördliche Aufsichtsrecht regeln soll. Begangen ist inzwischen die Einschränkung betreffs der Agenten-Anstellung, die von dem Nachweis des Bedürfnisses und damit von dem persönlichen oft einseitigen Urtheile der Lokalpolizeibehörde abhängig gemacht war. Jeder Versicherungsantrag muß auch jetzt noch der Polizeibehörde, auf dem Lande dem Distrikts-Kommissar zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt werden; ausgenommen hiervon sind kaufmännische Waarenlager, wenn sie den Werthbetrag von 30 000 M. übersteigen.

Obriglich dieses Gesetz sich nur auf das Mobiliervermögen anfänglich bezog, so ist es doch durch Kabinettsordre vom 30. Mai 1841 auch auf die Immobilien-Versicherung, also auf Objekte, ausgedehnt worden, zu deren Werthbeurtheilung, wenn man an die Versicherung von Dampfmühlen, Zucker- und anderen Fabriken denkt, nur selten die nötige Sachkenntniß vorhanden sein dürfte.

Die Zulassung der ausländischen Gesellschaften wird (§ 6) von der Genehmigung des Ministeriums für das Innere abhängig gemacht. Das spätere Gesetz vom 17. Mai 1853 über den Geschäftsbetrieb der Versicherungsgesellschaften findet (§ 10) nur soweit als das Feuerversicherungsgesellschaften Anwendung, als das eben beprochene Gesetz vom Jahre 1837 keine abweichenden Bestimmungen enthält. Den Anordnungen des Gesetzes vom 18. Juli 1884, betr. die auf Aktien gegründeten Gesellschaften, sind natürlich die auf dieser Grundlage errichteten Versicherungsgesellschaften mit unterworfen.

Damit wäre meines Wissens die Reihe der das Feuerversicherungswesen regelnden Landesgesetze erschöpft.

Nach der Natur ihrer Verfassung findet bei gleicher Aufgabe zwischen den sogenannten öffentlichen Sozialitäten, den Privat-Aktien- und Privat-Gegenleistung-Gesellschaften eine nicht unwe sentliche organische Verschiedenheit statt. Nur kurz soll unserer Provinzial-Feuersozialität gedacht werden; ihre reglementarischen, in das Gebiet des öffentlichen Rechts fallenden Bestimmungen sind ja bekannt.

Wenngleich schon im Jahre 1780 zu polnischer Zeit die commissio boni ordinis, ein von der damaligen Regierung mit Revision der städtischen Verwaltung beauftragtes Organ, sich mit der Einführung einer städtischen Gebäudefeuersozialität befaßte, so trat dieselbe doch erst unter der südprefeuenschen Regierung und zwar am 21. April 1803, gerade sechs Tage nach dem hier in Posen auf der Judenstraße am 15. derselben Monats ausgebrochenen Brande, dem über 200 Häuser zum Opfer fielen, in Kraft; nur vier Hausbesitzer hatten sich bei einer englischen Gesellschaft versichert. Im folgenden Jahre wurde eine ähnliche Sozialität für das platt Land errichtet; beide Anstalten blieben auch unter der darauf folgenden herzoglichen Warschauer Regierung in Wirklichkeit und heut stellt sich unsere wohlfundirte Provinzialfeuersozialität uns als die Krönung eines von der südprefeuenschen Regierung gegründeten Instituts dar. Wie verlautet, wird, wenn in den wenigen Tagen bis zum 1. April die Sozialität nicht von bedeutenden Schäden heimgesucht wird, der Reservefonds die vorgegebene Höhe von drei Millionen Mark nicht nur erreichen, sondern auch die Abrechnung einer kleinen Dividende gestatten. Also englische Gesellschaften waren es, die schon zu Anfang unseres Jahrhunderts den Mut hatten, gegen die schwerer wie heute bemerkbare Feuergefahr Schutz zu gewähren. Nach Wiedervereinigung unseres Landesteiles mit der Monarchie trat nicht alsbald ein Wechsel zum Bessern in der Mobilierversicherung ein. Wieder waren es englische Gesellschaften, welche ihr Aufmerksamkeit schenken und das im Ganzen dem preußischen Government, wie es schien, nicht gerade willkommene Eindringen ausländischer Gesellschaften, erhielt durch den die Handelsstadt Menel am 5. Oktober 1853 betroffenen, diesen Ort über die Hälfte jenseitigen Brücke in jener einen Förderung, als man meinte, daß die heimischen Anstalten nicht vermöcht hätten, das Totale der Versicherungsobjekte in Deckung zu nehmen.

In welcher Beschränkung die Gothaer Versicherungsbank, im Jahre 1820 gegründet, ihre Aufgabe auffaßte, er sieht man aus der Anzeige ihrer hiesigen, dem Stadtrath Müller übergebenen Agentur, welche sich in Nr. 105 der "Zeitung des Großherzogthums Posen", Jahrgang 1825, befindet. Inhaltlich dieser Anzeige ist diese Anstalt, wie es dort heißt, die in den verlaufenen 5 Jahren auf das herrlichste gediehen, es zu einer Versicherungssumme von 61 Millionen Thaler gebracht und die sich bisher hier allein dem Handelsstande widmete, nummehr bereit, auch andere Stände aufzunehmen. In großen oder solid gebauten, mit guten Vorhanstanlagen versehenen Städten, sollen alle ordnungsliebende Einwohner von unbekohltem Rufe, die niederen Volkstassen ausgenommen, in Landstädten nur bei fester Bauart oder isolirter Lage aufgenommen werden.

Wirkliche Landwirthe bleiben unter alten Verhältnissen mit den Dekomone-Gebäuden und deren Inhalt auch fernerhin ausgeschlossen. Wer Mitglied werden will und wenn ihm die Wechselseitigkeit abgeht, der hat über die vierfache, bis dahin achtfache Brämie, einen wechselseitigen Bürgen zu stellen.

Kein Wunder, wenn bei solcher Sachlage geachtete und bedeutsame Gesellschaften, wie die "Gäder" bringen und segeln nach Deutschland ab, welches der abgefeimte Gauner nun wahrscheinlich mit demselben Manöver beglücken will. Wir sagen „abgefeimte Gauner“, denn Mr. Spencer ist ein solcher. Wie jetzt bekannt geworden, hat der edle Herr in der geschilderten Weise fast sämtliche größere Städte Amerikas gebrandbeschädigt. Er sucht sich die neuen Hotels auf, imponierte ihnen als ein kleiner Bandenkrieg, um sie dann in ihrer Existenz durch die Behauptung zu bedrohen, daß er in ihnen bestohlen worden. Deutschland, sei also gewarnt!

* Die Auflagen von Zolas Romanen. Die Zahl der Auflagen, die ein Roman erlebt — und es gibt große und kleine, engagierte und wirkliche Ausgaben — ist selbsterklärend nicht maßgebend für den literarischen Werth derselben. Das gilt auch für die nachfolgenden statistischen Angaben, welche ein Reporter des Gaulois Emile Zola verdankt. Sie sind aber immerhin von allgemeinem Interesse, und zwar umso mehr, als über die Zahl der gedruckten und zum größten Theile auch verkauften Werke fein Zweifel obwalten kann. Der letzte Roman Zolas, "La Bête Humaine", wurde von dem Verleger sofort am ersten Tage mit 45 000 Exemplaren auf den Büchermarkt geworfen. Seit "Nana" hatte der Verfasser nicht einen solchen Erfolg aufzuweisen. Er darf sich nummehr rühmen, daß sein Rougon-Macquart-Cyklus bereits in einer Auflage von weit mehr als einer Million Exemplaren über den Erdkreis verbreitet ist. "Fortune de Rougon" nahm an diesem beispiellosen Erfolge mit nur 22 000, "Curée" mit 33 000, "Ventre de Paris" mit 30 000, "Conquête de Plassans" mit 22 000, "Faute de l'abbé Mouret" mit 44 000, "Son Excellence Eugène Rougon" mit 21 000 Exemplaren Theil. Zolas "Assommoir" lieferte 117 000 Exemplare. "Page d'amour" dagegen, ein viel liebenswürdigeres Werk, erzielte nur 7000 Exemplare. Hiernach folgten "Pot-Bouille" mit 75 000, "Au Bonheur des Dames" mit 55 000, "Joie de Vivre" mit 44 000, "Germinal" mit 83 000, "Oeuvre" mit 50 000, "Terre" mit 88 000, "Rêve" mit 77 000 Exemplaren.

Assistenten beantwortet. Meyer aber lebt heute noch. Alle seine Anstrengungen, den undankbaren Betrüger aus dem erschlichenen Besitz zu verdrängen, sind bisher erfolglos geblieben und der seines Titels und seiner Aemter beruhete Arzt sieht sich am Abend seines Lebens auf seine Privatpraxis angewiesen. — Die kleine Geschichte klingt wie ein Märchen, allein sie ist in jener Hafenstadt jedem Einwohner bekannt. Daß gleichwohl der Betrüger nicht zur Rechenschaft gezogen wird, ist eben nur verständlich, welche das weite Russland und seine Verwaltung kennen.

* Aus einem Gastzimmer eines erst kürzlich in New-York eröffneten Hotels drang, wie die dortigen "Times" berichten, eines Morgens ein furchtbarer Skandal. Bestürzt eilte der Direktor hinzu, denn das betreffende Zimmer hatte ein sehr vornehmer Gast, ein Mr. Spencer, inne. Mr. Spencer wohnte seit zehn Tagen im Hotel, und von seinem Reichthum legte außer der Fülle blitzender Diamanten ein mit Dollarnoten gespicktes Portefeuille Zeugnis ab. Dieser Brieftasche hatte er unter anderem eine 1000 Dollarnote entnommen, als er die ihm auf Wunsch vorgelegte Wochenrechnung von achtzig Dollars beglichen hatte. Und dieser Rabob fluchte und wetterte jetzt, weil ihm ein kleineres Portefeuille mit 1000 Dollars Inhalt, wie er behauptet, im Hotel entwendet worden. Alle Bemühungen, den Gast zu veruigen, waren vergeblich. Er schwirrte hoch und thuer, sofort zur Polizei zu eilen, die Zeitungen zu benachrichtigen u. s. w., wenn der Direktor nicht auf der Stelle das ganze Personal der strengsten Untersuchung überwerfe. Man kann sich die peinliche Lage des Direktors in diesem Moment vorstellen, in welchem das noch junge Hotel bei seinen sämtlichen Gästen in den Verdacht der Un Sicherheit kommen mußte. Der Schaden wäre für das aufstrebende Gasthaus ein unberechenbarer gewesen, und so that der Direktor das Klügste, was er machen konnte: er erbot sich zum Schadenersatz. Darauf wollte Mr. Spencer anfangs nichts wissen. An der entwendeten Summe liege ihm nichts, er verlange die Entdeckung und Bestrafung des Diebes. Endlich beruhigte er sich aber doch und nahm das Geld. Am

tende Gutsbesitzer in Pommern zusammengetreten, um eine eigene nur landwirtschaftlichen Kreisen dienende Gesellschaft mit dem Sitz in Schwedt zu bilden. Dieselbe trat mit dem 2. März 1826 in die nun 64jährige gesegnete Wirklichkeit, und alle Veranlassung hat die lebende Generation, sich dankbar der verdienstvollen Gründer zu erinnern. Wenn ich nicht irre, hat unser vor einigen Jahren verstorbene Mitbürger Ritterstaatsrat, Hans v. Winterfeld, mit zu den Gründern gehört. Bekannt sind ja seine nicht fruchtlos gebliebenen Bestrebungen um die Errichtung des landwirtschaftlichen 1857 ins Leben getretenen Kreditvereins, den man volkstümlich die Winterfeldsche Landschaft nannte.

Grundlegend für das landwirtschaftliche Versicherungswesen bezüglich der Versicherungsbedingungen, des Verkehrs zwischen der Gesellschaft und den Mitgliedern, welche sich fortlaufend den gemachten Erfahrungen anpaßten, sind die Statuten und der sich hieran schließende Geschäftsplan auch für das Verfahren der später eintratenden Aktiengesellschaften geworden. Der Geschäftskreis der Schwedter Gesellschaft beschränkte sich anfänglich nach meiner Erinnerung nur auf die Mark, Pommern, Ost- und Westpreußen und auf Polen; jetzt ist derselbe (Artikel 2) auf den preußischen Staat ausgedehnt; er kann aber auf Beschluß der Generalversammlung auch über die Grenzen desselben hinaus erweitert werden. Es ist ja nicht meine Sache, die Schwierigkeiten darzustellen, welche sich jetzt der Ansicht, den Geschäftskreis über die Grenzen Preußens auszudehnen, in den Weg stellen; denn die Gesellschaft beherrscht ja nur gegenwärtig einige Provinzen unseres Königreichs.

Lange Zeit hat die Gesellschaft fast allein das Terrain hier beherrscht. Es sind wohl einige kleinere Gegenseitigkeits-Gesellschaften, eine in Erfurt, die andere in Magdeburg, auf den Namen Ceres getauft, entstanden; sie sind jedoch nach kurzem Leben den Weg alles Fleisches gegangen. Die älteste aller Gegenseitigkeitsgesellschaften dürfte die Leipziger schon 1824 gegründet und auch hier bald nach ihrer Gründung bekannt gewordene Anstalt sein. Andererseits ist von den Aktiengesellschaften die 1832 gegründete Berliner Hagelassurance-Gesellschaft die älteste, erst im Jahre 1854 ist die Magdeburger, die Kölnische Gesellschaft und die Union in Weimar, 1856 die Eberfelder ins Zeug gegangen.

Die mehr oder weniger auch jetzt noch unter streng gesondert verarbeitung mit den Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaften in Verbindung stehenden Hagelversicherungs-Aktien-Gesellschaften durften man damals, als es tatsächlich an solchen Gesellschaften mangelte, sowie auch jetzt noch nicht als Zweck eines sehr fraglich gewinnbringenden Unternehmens, wohl aber als Mittel, einem Notstande abzuholzen, ansehen. Es war diese Ercheinung gleichsam die Folge jener Erkenntnis, daß wenn man, wie geschehen, das landwirtschaftliche Feuerversicherungsgeschäft ganz besonders zu pflegen sich vorgenommen, dies nicht ohne gleichzeitige Forderung des Hagelversicherungsweiges geschehen könne und die schweren Prüfungen, welche diese Gesellschaften in einer fast 40jährigen Praxis glücklich überstanden, haben bewiesen, daß ihrer Organisation und Verwaltung eine gesunde Grundlage nicht gefehlt habe. Der Kreis der Erfahrungen auf diesem Gebiete ist noch nicht abgeschlossen. Indes sind diese Erfahrungen auch den übrigen Gesellschaften zu Statten gekommen. So hat auch die Schwedter Gesellschaft für das Abschätzungsverfahren, belehrt durch eigentümliche, von dem früheren verehrten Vorzuhenden unseres Vereins, Herrn Hoffmeyer, an dieser Stelle uns mitgetheilten Vorfälle Bestimmungen getroffen, die sich mit denen der Aktiengesellschaften fast decken. Während das Statut der Schwedter Gesellschaft landesherrlich genehmigt worden und vermöge desselben dem jedesmaligen Direktor die selbständige Verwaltung übertragen wird, genügt rücksichtlich der Zulassung der später ins Leben getretenen Gegenseitigkeits-Gesellschaften die Genehmigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Es genügt ferner behufs Erlangung der Konzession inhaltlich eines mir vorliegenden Statuts die Aufbringung eines Garantie- und Betriebsfonds von 300 000 M., wovon 75 000 M. baar einzuzahlen und 225 000 M. in Solawechseln niederzulegen sind. Den Anteil, den sind von den 75 000 M. 6 Prozent Zinsen zu zahlen.

Die so entstandenen Gesellschaften dürfen die bis zum Schlusse des ersten Rechnungsjahrs erwachsenen Kosten der Begründung und Einrichtung der Anstalt in der Bilanz als Aktiva behandeln, welche zu einem Fünftel in den folgenden Jahren abzuschreiben sind, wogegen die Aktiengesellschaften aus Artikel 185 des Gesetzes vom 18. Juni 1884 verpflichtet sind, diese Kosten zum vollen Betrage schon im ersten Jahre ganz zu verrechnen. Die Dauer der Gesellschaft ist unbeschränkt, insofern nicht die Auflösung von der Hälfte ihrer stimmberechtigten Mitglieder verlangt oder auf Grund bestehender Gesetze von der Staatsregierung angeordnet wird. Stimmberechtigt in der Generalversammlung sind die mindestens mit 6000 M. versicherten Mitglieder. Der Betrieb kann auf Beschluß des Verwaltungsraths auch über Preußen und die einzelnen deutschen Staaten, welche in die Zulassung gewilligt, hinaus erweitert werden, und es soll eine dieser Gesellschaften sich mit der Absicht getragen haben, in ihren Wirkungskreis die als hagelgefährlich bekannte Schweiz hineinzuziehen.

Es sollen hier nicht wörtlich die Bedenken wiedergegeben werden, welche der Landeskonomierath Nobbe in seinem dem deutschen Landwirtschaftsrath erstatteten Bericht rücksichtlich dieser auf dem geringen Garantiefonds von 300 000 M. gefügten Gesellschaften motivirt ausspricht, lassen doch die von einigen dieser kleinen Gegenseitigkeits-Gesellschaften veröffentlichten Bilanzen diese Bedenken sehr gerechtfertigt erscheinen, und was derselbe über die Agitationsmittel anführt, ist nicht minder zweifellos. Wie soll unser kleinerer Landwirth zur Kenntnis der Gesellschaftsverfassung, des Tages, an welchem die in Berlin stattfindende Generalversammlung zusammentritt, gelangen, wenn statutarisch zum Veröffentlichungs-Organen der ihm nicht zugängliche "Reichsanzeiger", die "Post", die "Berliner Börsenzeitung" und die "Kreuzzeitung" bestimmt sind, wenn ferner das bestätigte Statut wieder nur im "Reichsanzeiger" veröffentlicht, im Amtsblatt aber nicht verfündet wird!

Die Herbeiführung einer Auflösung ist außergewöhnlich schwierig und fast unmöglich; denn wie will man selbst, wenn die Mehrheit für sie eingenommen ist, die Hälfte der in allen Landen zerstreuten Mitglieder zur Stellung eines Antrages auf Auflösung zusammen bringen? und in welche Gefahr gerathen bei einem früher oder später im Falle wiederholter großer Schäden eintretenden Rückgang der Mitgliederzahl und der Rest derselben rücksichtlich ihrer Nachschußverpflichtungen! Trotz der Nachschüsse, welche diese Gesellschaften in Höhe von 47, 53, 66, 90, 128 und 130 Prozent in Folge zu gering bemessener Vorprämie für die letzte Kampagne erhoben haben, bleiben dieselben bei dem Satze von 50 und 60 Pf. pro Prämie vom Hundert Versicherungssumme nicht nur stehen, sondern sie versteigen sich noch zur Benutzung von Erwerbsprovisionen, die, wie verlautet, bis zu 20 Prozent hinaufgehen. Die Gesellschaft, die schon in die Bilanz pro 1889 rund 31 800 M. und unter der Bezeichnung Vorrätslagen an die General-Agenten und Inspektoren auf gelieferte Versicherungs- und Organisationsabschlüsse, welche dem Jahre 1890 zu Gute kommen sollen und außerdem ex 1889 an Einrichtungskosten 37 300 M. als Aktivum einsetzt, soll hier nicht namentlich angeführt werden.

Sie unterlässe es ferner, die durch den "Reichsanzeiger" veröffentlichte Bilanz einer Gesellschaft zu besprechen, deren Garantie-

fonds in Null aufgegangen und in der Bilanz mit "vakat" bezeichnet wird.

Unterm 11. Januar 1889 ist hier auf ministerielle Veranlassung unter dem Vorsitz des Regierungs-Präsidenten Zimmermann eine "wirtschaftliche Konferenz" zusammengetreten, zu welcher Vertreter der Landwirtschaft, der Handelskammer und der Industrie einberufen worden waren. Dieser Konferenz wurde die Frage vorgelegt: "Durch welche Mittel kann der Versicherung gegen Hagelshlag unter der Landbevölkerung, insbesondere unter den kleineren Grundbesitzern eine größere Verbreitung verschafft werden?"

Es sind die Ansichten, wie dies zu erreichen ist, nicht weit auseinander gegangen. Zunächst soll keine Unterstützung durch Steuerabzug seitens der Behörde bewilligt werden; die Gründung neuer Gesellschaften ist möglichst zu erschweren, die Geschäftsbearbeitung der Gesellschaften ist vom Staat strenger zu überwachen. Ein Vertreter der Landwirtschaft führte zur Begründung des letzten Antrages die schlüssigen, ziemlich begründeten Erfahrungen an, welche die Mitglieder der Gesellschaft rücksichtlich der Verwaltung einer gegen Frost-, Hagel- und Nostschäden versichernden Gesellschaft gemacht hatten. Der Antrag, den ich als Mitglied der Konferenz gestellt und der einstimmig angenommen wurde, lautet:

"Ein Theil der Versicherungsunlust ist dem Umstände beizumessen, daß es den bürgerlichen Wirthen im Allgemeinen, im Einzelnen aber den kleineren Wirthen unter dem Druck der Staats- und Kommunal-Abgaben schwer fällt, die Hagelversicherungsprämie im Frühjahr baar zu zahlen. Dieselben werden sich nur dann leichter und eher zur Versicherung entschließen, wenn ihnen die Prämie von einem gewissen Mindestbetrag, etwa von 5 M. ab, bis zum Herbst gestundet wird, und wenn die Versicherung in einer sie vor Nachschüssen schützenden Form erfolgt. Im Anschluß hieran muß dem kleineren, der Schriftsprache oft nicht mächtigen Wirth dadurch eine Erleichterung verschafft werden, daß man den Dorflehrern (für die kurze zur Aufnahme nötige Zeit) gestattet, ausreichend gegen eine kleine Provision einzutreten.

Behufs Verringerung der Aufnahme- und Ausfertigungsgebühr empfiehlt sich für kleinere Besitzungen das Zusammenfügen der einzelnen Versicherungen zu einer Polize, wie dies einige Gesellschaften schon üben. Die Termine, bis zu welchen es den Versicherten gestattet sein soll, die Versicherung zu kündigen, sind be treffs der auf Gegenseitigkeit basirten Gesellschaften zu einrichten, daß sie hierzu vier Wochen nach publizirter Jahresrechnung berechtigt sein sollen. Fast durchweg ist der Versicherte gezwungen, vor dem Schlusse des Rechnungsjahres, zumeist vor dem 1. Oktober zu kündigen; er kann dann noch nicht wissen, ob er wird zu schüsse leisten müssen, und ob die Vermögenslage der Gesellschaft und mit ihr die Sicherheit sich nicht so verschlechtert hat, daß ein Auszugschein ratslich erachtet.

Durchaus zu tadeln endlich ist die Versicherung gegen Frost- und Nostschäden, wie dieselbe von einigen Gesellschaften eingeführt ist. Eine Versicherung gegen diese Nachtheile empfiehlt sich ganz und gar nicht."

In der Einberufung der Konferenz und den ihr gestellten Aufgaben muß man den Beweis erblicken, mit welcher Aufmerksamkeit die Staatsbehörde die Ercheinungen gerade auf dem Hagelversicherungsgebiete verfolgt.

Wenn schon in der ministeriellen Befehlsvorführung vom 1. Oktober 1872 der Grundsatz ausgesprochen worden, daß die Behörden sich der Empfehlung bestimmter Versicherungsgesellschaften sowohl Beamten, wie dem Publikum gegenüber zu erhalten haben, so würde man den jetzt gemachten Erfahrungen gegenüber wünschen müssen, daß die Behörden ihren Beamten, und zu diesen gehören auch die Lehrer, die Nebennahme von Agenturen für gewisse Gesellschaften nur cum grano salis gestatten mögen.

Die Hagelversicherungsfrage ist auch von dem polnischen landwirtschaftlichen Zentralvereine einer Besprechung unterzogen worden, und man hat es für angemessen erachtet, den Landwirthen gelegentlich der Verfammlung der bürgerlichen Vereine zu ratzen, in der Wahl der kleineren Gegenseitigkeits-Gesellschaften vorsichtig zu sein und sich nicht länger als für ein Jahr zu binden. Die Sache ist wichtig genug, um auch in den deutschen Rüstital-Vereinen besprochen zu werden.

Nun möchte ich zum Schlusse noch auf das Gespenst der Verstaatlichung des Versicherungswesens zurückkommen.

Die hierauf gerichteten Anträge sind meines Wissens nicht aus den Kreisen des Welthandels, der Industrie und des gewerblichen auf die Kraft der Maschine und des Dampfes gestützten und angewiesenen Betrieben hervorgegangen.

Diese Schicht volkswirtschaftlicher Größen dürfte alle anderen gewerblichen Organismen in dem zur Versicherung gelangenden Werthe in einem Maße überflügeln, daß man das selbstgeschaffene, alle mitunter augenblicklich entstehenden Anforderungen befriedigen, in den Versicherungs-Anstalten gegebene riesige Werk zu vernichten Bedenken tragen müßt.

Zweihundertvierzehn deutsche allerdings verschiedenen Versicherungszwecken dienende Gesellschaften domiziliiren in 53 Städten des deutschen Reichs.

Der Wunsch, welchen unter Anderen auch ein Obernitzer landwirtschaftlicher Verein vor längerer Zeit ausgesprochen: Daz der Staat die Hagelversicherung in die Hand nehmen möge, wird schwerlich erfüllt werden können.

In Bayern besteht eine staatlich geleitete Hagelversicherungsanstalt; sie ist zwar auf Gegenseitigkeit, doch mit der Einschränkung errichtet, daß feste Prämien ohne Nachschüsse erhoben werden,

dazu aber, wenn diese zur Deckung der Jahresschäden nicht ausreichen, die Entschädigungs beträge prozentual soweit gefürzt werden, als zur Bedeckung des Gesamtenschadens fehlt. Der Staat schlägt jährlich 40 000 M. zu und in gewissen Fällen können auch 4 Prozenten von dem eine Million Mark betragenden Staatsfonds zur Schädenberichtigung verwendet werden. Nur in den zwei günstigen Jahren 1884 und 1887 konnten die vorgefallenen Schäden voll erfüllt werden, während 1888 85 Prozent und in den Jahren 1885, 86 und 1889 nur 80 Prozent vergütet werden konnten.

Es treten nun zu diesen für den Landwirth nicht annehmbaren Bedingungen hinzu, daß für jede Gemeinde für eine Summe festgelegt wird, über die hinaus nicht versichert werden darf, daß die Maximalversicherungssumme veränderlich, daß sie erhöht oder mit dem Steigen und Fallen des Reservefonds für die einzelnen Landestheile vermindert werden kann.

Der Rest darf bei anderen Gesellschaften versichert werden. Endlich werden die Entschädigungen erst am Ende des Kalenderjahrs gezahlt. Ich glaube nicht, daß unser Abgeordnetenhaus geneigt sein wird, ähnlich wie in Bayern irgend welchen Zuschuss zu gleichen Zwecken zu bewilligen, noch sich mit der Einführung eines die Mitwirkung jeder Privatgesellschaft ausschließenden Zwanges einverstanden zu erläutern.

Zufolge Artikels 4 der Reichsverfassung vom 16. April 1871 unterliegt der Beaufsichtigung Seitens des Reichs und der Gesetzgebung auch der Gewerbebetrieb einschließlich des Versicherungswesens.

Dem Satze "einschließlich des Versicherungswesens" ist bis heut noch nicht entsprochen worden. Die Gewerbeordnung selbst beschränkt sich im § 14 betreffs des Versicherungsbetriebes lediglich auf die Anordnung, daß die Agenten die Übernahme der Agentur der Behörde anzeigen haben und (§ 148) auf Feststellung der Strafe, wenn die An- oder Abmeldung unterlassen wird.

Über das Versicherungswesen wird nun, nachdem man nahe daran ist, für das deutsche Reich ein bürgerliches Gesetzbuch einzuführen, im Reichstage auch über die Kodifizierung des damit verbundenen sogenannten öffentlichen Rechts notwendig verhandelt werden müssen. Der Reichstag ist also die Instanz, die sich über die Richtung, welche man dem Versicherungswesen nach zwei Seiten hin zu geben hat, auszusprechen haben wird.

Ob dann noch ein einzelner Staat des deutschen Reichs für sein Gebiet sich zur Verstaatlichung aller oder einzelner Zweige des Versicherungsgewerbes wird entschließen dürfen, wird ja von dem Geiste, von welchem aus man bei Beratung des Gesetzes ausgehen wird, abhängen.

Das Gesetz vom 8. Mai 1837 über die Behandlung der Mobilienversicherung, das nur für den damaligen Bestand der Preußischen Monarchie Gelehrte erlangt hat und nicht eo ipso auf die später hinzugekommenen Landestheile angewendet werden kann, wird dann einem, Deutschland gemeinsamen Gesetz weichen müssen. Hoffen wir, daß man hierbei das gesamte Versicherungswesen in einer Weise behandeln wird, welche auf dem Grundsätze suis publica suprema lex esto!

Herr Regierungsrath von Dziembowski bemerkte zu diesem Vortrage, daß die Provinzial-Feuer-Sozietät nun insofern in ein anderes Stadium getreten sei, als sie jetzt zum ersten Male in der Lage sei, ihre Beitragsforderungen herabsetzen zu können; die Herabsetzung der letzteren müsse als eine dankenswerthe Neuerung begrüßt werden, da sie bisher ziemlich hoch gewesen sei. In diesem Jahre sei der Reservesfonds der Feuer-Sozietät auf die statutenmäßige Höhe gelangt, habe die jüngste sogar schon überschritten, und es werde möglich sein, daß aus den Betriebsüberträgen des laufenden Jahres, wenn nicht etwa bis zum 1. April noch schwere Schläge eintreten würden, 15 Prozent zur Erhöhung der Beiträge verwendet werden könnten. Er darf hinzufügen, daß, wenn die Betriebsüberträgen des nächsten Jahres sich ebenso hoch stellen würden, die Abzüge sich bis auf 25 Prozent steigern könnten. Auch sollte die Direktion der Provinzial-Feuer-Sozietät ihren Betrieb auf die Mobilienversicherung ausdehnen. Der Redner ging nun auf die Hagelversicherungen auf Gegenseitigkeit näher ein. Jeder Landwirth werde prüfen müssen, ob bei einer Gegenseitigkeits-Gesellschaft der Betriebsumfang ein derartiger sei, daß er ihn gegen zu große Nachschüsse schütze.

Nachdem Herr Hoffmeyer-Zlotnik einige Daten über die Schwedter Versicherungsgesellschaft gegeben hat, bemerkte Herr Stadtrath Annaß, daß der letzte Provinzial-Landtag für die Übernahme der Mobilien-Ver sicherung durch die Provinzialfeuersozietät sich ausgesprochen haben würde, wenn sich das Interesse der Stadt Boen als Festung, der Provinzialstädte, sowie der ländlichen Besitzer weniger feuergefährlicher Gebäude mit der Leitung des Reservesfonds auf die erweiterte Sozietät hätte vereinigen lassen. Eine neue, diesen Punkt berücksichtigende Vorlage dürfte daher eher auf eine Annahme zu rechnen haben.

Herr Thierarzt Wilde-Boen hielt darauf einen Vortrag über den Rothlauf. Der Rothlauf muß von der Schweinepest ganz genau unterschieden werden. Letztere stellt sich als eine Lungenentzündung dar und hat mit der Influenza bei den Pferden viel Ähnlichkeit. Der Rothlauf wird durch einen stäbchenförmigen Bacillus verursacht, den man im Blute des Thieres findet. Er entwickelt sich bei einer Temperatur von nicht unter 14 Grad Celsius. Der Rothlauf verbreitet sich auf dem Wege direkter Ansteckung. Als Haupt-Eintrittsstelle des Rothlaufes muß der Verdauungskanal betrachtet werden. Die Krankheit tritt nach Verabreitung von Grünfutter und Salat, auch nach Verfütterung von Spreu und Kaff ein. Sie beginnt damit, daß die Schweine kein Futter aufnehmen wollen, Neigung zum Erbrechen zeigen, sehr matt sind und sich im Stroh verkriechen. Nach etwa zwölfstündigem Kranksein zeigt sich an den feineren Haarstellen eine Rötung, die sich etwas später gleichmäßig über den ganzen Körper ausbreitet. Die Krankheit nimmt einen sehr raschen Verlauf; manche Thiere verenden schon 24 Stunden nach erfolgter Erkrankung. Da 70 bis 75 Prozent der vom Rothlauf befallenen Schweine eingehen, beläuft sich der Gesamtschaden, welcher durch diese Seuche in Deutschland verursacht wird, auf 4½ Millionen Mark. Um der Erkrankung der Thiere an der Seuche vorzubeugen, müssen die neu gekauften Schweine von den anderen eine Zeit lang holtzt werden. Fleischwasser darf nicht als Futtermittel benutzt werden, da in demselben oft der Infektionsstoff enthalten ist. Die Verfütterung der oben genannten Stoffe ist ebenfalls zu unterlassen. Nach dem Ausbruch der Krankheit empfiehlt es sich, die gesunden Schweine sofort zu isolieren und die Ställe mit Chloralkali, Kreolin und Louge zu desinfizieren. Ein unfehlbar wirkendes Arzneimittel gegen die Seuche ist noch nicht bekannt. Gute Erfolge sind mit dem Niehwurstseifen in das Ohr des Schweines erzielt worden. Außerdem gibt man den erkrankten Schweinen saure Milch, Molken und unreifes Obst.

Nach einer kurzen Debatte über den Rothlauf, an welcher sich die Herren Hoffmeyer, Regierungsrath von Dziembowski und Landwirtschaftslehrer Pfleider beteiligten, referierte Herr von Grevenitz-Boen über den Preis der Nährstoffe in den wichtigsten Kraftfuttermitteln. Nicht die Willigkeit eines Futtermittels muß bei dem Ankauf für den Landwirth maßgebend sein, sondern der Protein- und der Fettgehalt. Heute berechnet man den Wert der Kraftfuttermittel nach ihrem Gehalt an Stickstoff, stickstofffreien Stoffen und an Fett. Allerdings sind da auch noch sehr verschiedene Formen im Gebrauch. Der Redner führte dann aus, daß der Landwirth bei den ausländischen Kraftfuttermitteln besser als bei den einheimischen wegkommt.

Zum Schlus der Sitzung widmet Herr Major Endell-Kiekrz, der neue Vorsitzende des Vereins, Herrn Ohnsorge-Sedan warme Worte des Dankes und der Anerkennung für die sachliche Leitung des Vereins und gibt seinem Baudauern darüber Ausdruck, daß Herr Ohnsorge den Vorsitz im Kreisverein nicht weiter führen will. Die Versammlung ehrt den bisherigen Vorsitzenden durch Erheben von den Sizien.

Handel und Verkehr.

** Deutsche Reichsbank. Die heute vorliegende Wochenübersicht der Deutschen Reichsbank vom 22. März ergibt zwar eine stärkere Nachfrage des Instituts, indem der Wechselbestand um 22 086 000 M. und der Lombardbestand um 3 714 000 Mark zugenommen haben, andererseits sind aber die Giro-Einlagen um fast den gleichen Betrag gestiegen; dieselben vermehrten sich um 24 658 000 Mark. Der Metallbestand stieg um 5 845 000 M., dem steht aber eine Erhöhung der Notenzirkulation um 5 255 000 Mark und eine Abnahme des Bestandes an Noten anderer Banken um 1 999 000 Mark gegenüber. Der Betrag der steuerfreien Notenreserve beziffert sich nach dem vorliegenden Ausweise auf 259 217 000 M.

** Danziger Privat-Aktien-Bank. In der gestern stattgehabten Generalversammlung wurde dem Antrage der Direktion und des Verwaltungsraths gemäß die Dividende pro 1889 auf 8½ Prozent festgesetzt. Dieselbe gelangt vom 1. April et. ab zur Auszahlung.

** Weimarer Bank. Der Aufsichtsrath der Weimarer Bank hat die Dividende pro 1889 vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversammlung auf 8½ Prozent festgesetzt.

** Frankfurter Güter-Eisenbahn-Gesellschaft. Der Aufsichtsrath der Frankfurter Güter-Eisenbahn-Gesellschaft in Breslau beschloß, bei reichlichen Reservestellungen die Vertheilung von ½

